

Sicherheitspolitische Information

August 2009

Fähigkeitsorientierte Armeepanung:

Sicherheitspolitische Leitsätze

und daraus abzuleitende Fähigkeiten
für die Schweizer Armee 2012



Inhalt

Vorwort	3
Einleitung	4
Strategische Herausforderungen an die Schweizer Armee	4
• Demografie, Finanzen und Technologiegrad	4
• Fazit: Höhere Fähigkeiten	6
Milizsystem und Wehrpflicht aus Sicht des VSWW	7
• Hintergrund und Analyse	7
• Beurteilung des Milizsystems	7
• Beurteilung der Wehrpflicht	9
• Thesen des VSWW	10
Von der Sicherheitspolitik zur fähigkeits- orientierten Streitkräfteplanung (FOSP)	11
• Bedrohungsanalyse	11
• Neue Wege in der politischen Planung beschreiten	11
• Stellenwert Sicherheitspolitischer Bericht	14
• Strategische Leitsätze aus Sicht VSWW	14
Definition der Fähigkeiten der Streitkräfte	15
• Grundüberlegungen zu den Fähigkeiten	15
• Fähigkeiten nach Kategorien aus Sicht VSWW	16
• Verknüpfung mit den Finanzen	18
Schlusswort	19

Vorwort

Im letzten Jahr hat sich der VSWW intensiv mit der Einführung neuer politischer Prozesse im Bereich Sicherheitspolitik befasst. Dazu erschienen zwei Studien¹ zum Übergang zu einer konsequenten fähigkeitsorientierten Planung von Sicherheitspolitik und Armee. Aufgaben, Fähigkeiten und Finanzbedarf sind konsequent zu verknüpfen und dem Parlament sind Leitsätze zum Beschluss zu unterbreiten.

Die Arbeit hieran soll weitergeführt und punktuell vertieft werden. Die Debatten der letzten Jahre im Parlament und die Anhörung zum Sicherheitsbericht haben deutlich vor Augen geführt, dass sich der Dissens eher vertieft und die Sicherheit zum Spielball der Politik zu werden droht. Das ist verheerend, da Sicherheit seit jeher zu den staatlichen Kernaufgaben gehört.

In der vorliegenden Ausgabe der Sicherheitspolitischen Information werden Leitsätze für die Sicherheitspolitik formuliert. Daraus werden konkrete Inhaltsvorschläge zu den Wirkungs- und Leistungszielen respektive den benötigten Fähigkeiten der Armee aus Sicht des VSWW abgeleitet. Diese sind dazu da, um im Moment, in dem der Sicherheitspoli-

tische Bericht in die politische Diskussion kommt, die vom VSWW vorgeschlagenen neuen Prozesse zu veranschaulichen. Gleichfalls sind sie als Beitrag zur Frage «Was muss die Schweizer Armee in Zukunft können?» zu verstehen. Die Experten des VSWW zeigen auf, welche Grundpfeiler des helvetischen Wehrmodells und der Armee warum noch aktuell sind und wo die strategischen Herausforderungen für die Planung liegen. Diese Auslegeordnung und das daraus resultierende Verständnis sind notwendig, um alle weiteren Planungsprozesse mit den notwendigen Sicherheiten und Grundannahmen zu unterlegen.

Der VSWW leistet mit der vorliegenden Studie einen weiteren Beitrag zur momentanen Debatte. Es bleibt zu hoffen, dass die geforderten Grundprinzipien verstanden werden und bereits für den neuen Sicherheitspolitischen Bericht oder für seine Beurteilung berücksichtigt werden.



Dr. Günter Heuberger, Präsident

¹ Zu beziehen unter www.vsww.ch

Einleitung

Dass in der schweizerischen Sicherheitspolitik dringender Handlungsbedarf herrscht, ist je länger je mehr allgemein erkannt. Durch den Wechsel an der Departementsspitze wurden die anstehende sicherheitspolitische Lagebeurteilung und damit auch eine Neugestaltung der sicherheitspolitischen Prozesse politisch möglich.

Die fehlende Bereitschaft der Politik, sich mit der aktuellen und künftig zu erwartenden Bedrohungslage und der Ausrichtung des wichtigsten sicherheitspolitischen Instrumentes Armee unvoreingenommen auseinanderzusetzen, hat zu einer tiefen Verunsicherung in der Schweizer Bevölkerung geführt. Die für eine Milizarmee so wichtige Sinnggebung wurde stark ausgehöhlt. Ein Indikator dafür ist, dass sich in letzter Zeit die Forderungen nach alternativen Wehrmodellen wieder häufen. Versteht nämlich der Bürger nicht, warum er für seinen Staat Militärdienst leisten muss, fängt er verständlicherweise an, die Wehrpflicht in Frage zu stellen.

Die Klärung der Inhalte und die Neugestaltung der politischen Prozesse wird zur Sinnggebung und zum Verständnis in der Bevölkerung viel beitragen. Somit ist das Beschreiten neuer Wege in der Sicherheitspolitik keine technokratische Übung, sondern eine dringende Notwendigkeit, um den heutigen sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Der VSWW hat im letzten Jahr bereits zwei Studien zur Thematik veröffentlicht.² In der vorliegenden Arbeit wird das erarbeitete Konzept nun vertieft bis hin zur Ausformulierung der Armee-Fähigkeiten. Die strategischen Herausforderungen an die Schweizer Armee sowie eine Analyse von Milizarmee und Wehrpflicht bilden hierzu die notwendigen Grundlagen. Wie sind diese auf einen Zeithorizont von zwei bis drei Legislaturperioden zu beurteilen?

Strategische Herausforderungen an die Schweizer Armee

Demografie, Finanzen und Technologiegrad

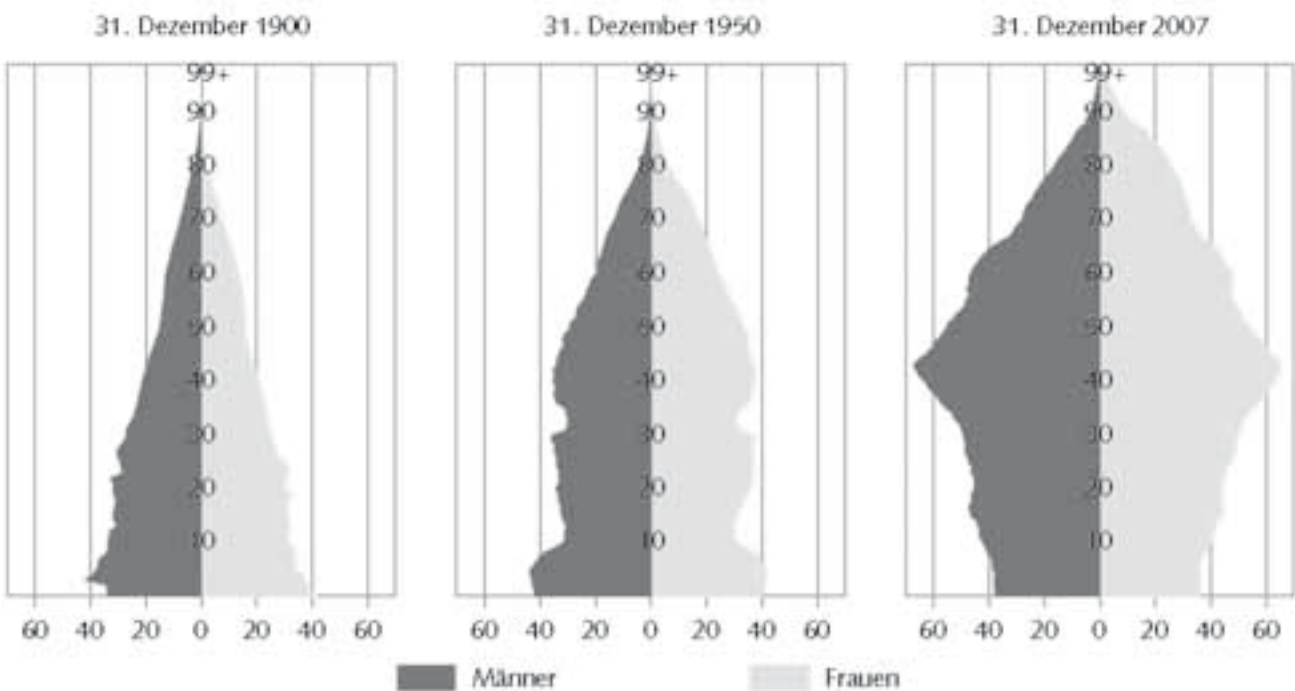
Demografische Veränderung: Unser ausschöpfbares Wehrpotenzial unterliegt Abhängigkeiten und ist in Trends erfassbar. Die Demografie bildet eine kaum steuerbare Grundlage für die meisten Formen demokratisch legitimer Wehrwesen mit Beteiligung des Bürgers.

Der Altersaufbau zeigt heute drei Merkmale: Die dominierende Baby-Boom-Generation, eine steigen-

de Anzahl alter Menschen und denen gegenüber eine zahlenmässig schwindende Generation der Jüngeren.

Für die Armee hat das direkte Konsequenzen. Denn brechen die Bestände an Wehrpflichtigen ein, können die Verbände nicht mehr ausreichend alimentiert werden. Neben politisch problematischen Lösungen über Einwanderung und Einbürgerung gibt es wenige Möglichkeiten, dem Problem schwindender Jahrgänge zu begegnen:

Altersaufbau der Bevölkerung Anzahl Personen in 1000



Altersstruktur der Schweiz von 1900 bis 2007.³

- Steuerung über die Tauglichkeitsrate: Diese hat jedoch den Nachteil, dass die Armee zu Personal kommt, das für die militärischen Aufgaben nur bedingt oder nicht geeignet ist.
- Verzicht auf konsequente OTF-Alimentierung⁴: Eine mögliche Lösung, um auf bestandesbedingte Struktur-Reformen zu verzichten; die Einsatzfähigkeit der Verbände kann jedoch in Frage gestellt werden.
- Anpassung der OTF: Werden die Anzahl Soldaten pro Einheit, Zug oder Gruppe reduziert, bedingt dies auch Anpassungen in Ausrüstung, Taktik und Gliederung.
- Wehrpflicht des weiblichen Geschlechts: Diese Lösung ist politisch und gesellschaftlich keine realisierbare Lösung.

So oder so: Wehrpflicht und Dauer der Milizverpflichtung definieren sowohl die Grösse und den Charakter unserer Armee, insbesondere aber auch das Fähigkeitsniveau.

Finanzbedarf: Ebenso müssen die verfügbaren Finanzen als strategische Herausforderung betrachtet werden: In sämtlichen bisher der Öffentlichkeit zugänglichen Lagebeurteilungen sind vom VBS die

² Fähigkeitsorientierte Streitkräfteplanung: Plädoyer für neue Wege in der politischen Streitkräfteplanung (Sipol Info, August 2008). Neue Wege in der Sicherheitspolitik jetzt beschreiten (Sipol Info, September 2008). Beide Ausgaben sind auf www.vsw.ch einsehbar.

³ <http://www.bfs.admin.ch> (12. Juni 2009).

⁴ OTF = Organisation der Truppenkörper und Formationen.

Wirtschaftskrise und die damit verbundenen massiven Steuerausfälle nicht miteinbezogen worden. Es ist nicht auszuschliessen, dass anstelle von Armee-Budgeterhöhungen neue Sparübungen drohen. Dieser Umstand ist in die Planung miteinzubeziehen; weitere durch schwindende Finanzen aufgezwungene Reformen sind insofern unbedingt zu vermeiden, als das Gesetz des Parkinson dazu führt, dass tendenziell kaum in der Militärbürokratie, sondern vielmehr bei der Truppe abgebaut wird. Sicherheitsinstrumente gibt es nicht zum Nulltarif.

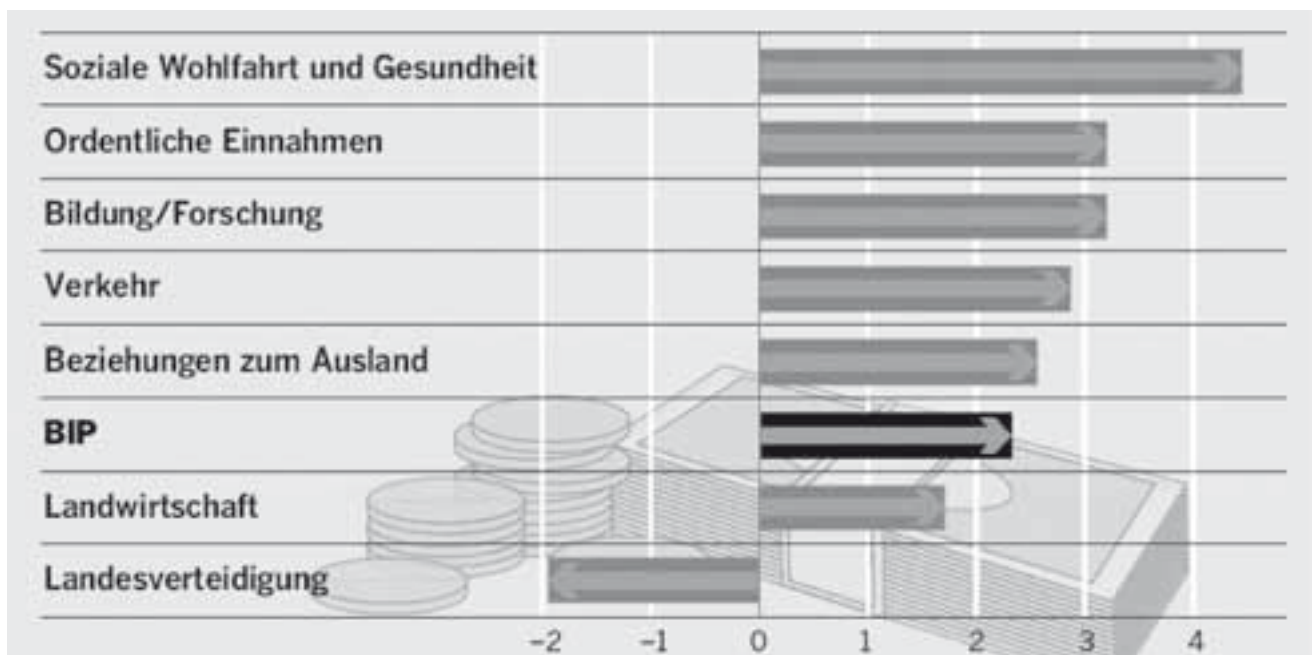
Technologiegrad: Neben Demografie und Finanzen bildet der erreichbare Technologiegrad die dritte strategische Herausforderung. Unkoordinierte Sparmassnahmen, schwankende und zu klein gehaltene Rüstungsprogramme sowie eine Verzettlung in einer Vielzahl von angebrochenen Projekten haben den Technologiegrad der Schweizer Armee in den letzten Jahren absinken lassen. Heute stehen wir im europäischen Vergleich eher schlecht da. Die Schweizer

Armee ist auf dem besten Weg zu veralten. Für eine Milizarmee ist das schlichtweg nicht akzeptabel. Jeder Bürger, der für seinen Staat Dienst leistet, hat Anspruch auf ein Höchstmass an Qualität und Aktualität bei dem ihm zur Verfügung stehenden Material.

Fazit: Höhere Fähigkeiten

Wenn wir den Ansprüchen unserer dienstleistenden Bürger gerecht werden wollen, muss eine fähigkeitsorientierte Armee das können, was andere Armeen im europäischen Umfeld auch können. Aus diesem Grund muss sie über einen international vergleichbaren Technologiegrad verfügen. Dies kostet Geld, mehr Geld, als bisher verfügbar war.

Eine Übertragung oder Aufteilung des Budgets auf eine oder auf verschiedene Berufsorganisationen ist abzulehnen. Dies käme einer Verzettlung der Kräfte gleich, wäre noch teurer und hätte weder Aufwuchspotenzial noch Skaleneffekte.



Wachstum ausgewählter Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Hand. Jährliche Veränderung in Prozent im Zeitraum 1990 bis 2006 im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt.⁵

Milizsystem und Wehrpflicht aus Sicht des VSWW

Hintergrund und Analyse

Die Schweizer Armee ist mit ihrer Wehrstruktur weder in historischer noch in aktueller vergleichender Betrachtung ein Exot. Wenn die Funktion und der Wert einer Milizarmee diskutiert werden sollen, ist es von Vorteil, einen kurzen Blick in die Vergangenheit zu werfen und die gegenwärtigen Modelle zu vergleichen. Somit können Grundgedanken und Systemzusammenhänge kurz aufgezeigt und als Basis aufgearbeitet werden.

Die Diskussion über Milizarmee oder Berufsarmee ist weder eine historische Konstante noch ein Novum. Sie wurde periodisch geführt und in die eine oder andere Richtung entschieden. Tatsächlich sind in allen Epochen mehrheitlich Mischformen anzutreffen. Der Anteil an Miliz- oder Berufspersonal ist demnach variabel. Kaum zu beobachten sind in der Regel schleichende Professionalisierungen oder «Verbürgerlichung» der Armeen, auch wenn evolutionäre Tendenzen historisch oft mitbestimmend waren. Der eigentliche Systemwechsel basiert in den allermeisten Fällen jedoch auf politisch gewollter Reform oder dann Revolution. Das Umsteigen auf ein anderes Wehrsystem brachte aber stets grosse soziale, wirtschaftliche, politische und schliesslich kulturelle Veränderungen mit sich.

Zwei herausragende Beispiele aus der Geschichte des Abendlandes:

- Die Heeresreform des Marius 107 v. Chr. wandelte das römische Bürgerheer in ein Berufsarmee unter Einbezug des römischen Plebs in den Wehrdienst um. Die römische Armee wurde beträchtlich schlagkräftiger und das Reich konnte langfristig konsolidiert werden. Zugleich verarmte die Landbevölkerung, was schliesslich zu einer Zweiklassengesellschaft führte. Die Heeresreform ermöglichte die politisch einsetzbare Berufsarmee und damit Prinzipat und Kaiserherrschaft.
- Die Französische Revolution von 1789 führte zum Übergang der professionellen königlichen Linienar-

mee in das revolutionäre Massenheer. Die «Levée en masse» erfolgte bereits 1793; die Konskription folgte 1798 unter Napoleon. Schliesslich mündete der ganze Umbruch in der kaiserlichen und zugleich nationalen «Grande Armée» Napoleons. Die Folgen waren die Entstehung des Bürger-Soldaten, die militärische Verbreitung der Revolution in Europa, der Aufstieg des Bürgertums und schliesslich die beschleunigte Entwicklung von Nationalstaaten.

Im 20. Jahrhundert stiegen viele grosse westliche Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf verkleinerte Berufsarmee oder auf Mischformen um. Ausschlaggebend dafür waren die Verteuerung der Waffensysteme und schliesslich auch die Unpopularität des Wehrdienstes. Der Anstieg der Berufskomponenten ermöglichte die Globalisierung des Krieges und führte zu einer Entfremdung an der Heimatfront und zur Erodierung des Volkszusammenhaltes. Mittlerweile ist an vielen Orten zumindest teilweise wieder eine Tendenz in die andere Richtung feststellbar.

Beurteilung des Milizsystems

In unserem Milizsystem sind drei negative Trends auszumachen, die mittlerweile seit einigen Jahren anhalten:

- abnehmende Bereitschaft, Wehrdienst zu leisten;
- zunehmende Konflikte zivile Karriere mit militärischen Abwesenheiten;
- abnehmende gesellschaftliche Wertschätzung von Milizarbeit in Militär und Politik, dadurch Kadernmangel.

Im Gegenzug ist zu erwähnen, dass die zunehmende Technologisierung und Professionalisierung gerade auch den Berufsarmeen immer mehr Schwierigkeiten bereiten. Es ist teurer, IT-Kompetenzen aufzubauen und mittels marktgerechten Löhnen auch zu erhalten,

⁵ Grafik aus NZZ am Sonntag (17. Mai 2009). Datenquelle: Schwaar/Siegenthaler, Die Volkswirtschaft (Mai 2009).

als diese durch Wehrpflicht und Milizsystem aus der Wirtschaft abzuholen und aufrecht zu erhalten. Berufsarmeen verlieren laufend hochspezialisierte Fachleute an die Privatwirtschaft; ebenso im Sicherheitsbereich an private Anbieter. Weiter braucht die Berufsarmee im Vergleich eher mehr teure fachkompetente Kader, welche die Ausbildungsleistungen erbringen – deren Rekrutierung ist bereits in konjunkturell guten Zeiten eine schwierige Aufgabe. Dies sind Probleme, die sich in einer Milizarmee mit Wehrpflicht weniger stark akzentuieren.

Heute ist ferner zu beobachten, dass die lang anhaltenden Stabilisierungsoperationen (Balkan, Irak, Afghanistan) die Bedeutung von Reserven massiv haben anwachsen lassen. Diese Reserven entsprechen einer aktiven freiwilligen Miliz. Ohne diese sind grössere Auslandseinsätze selbst für die USA heute nicht mehr durchführbar. Das ist insofern interessant, weil diese Streitkräfte bei uns als reine Berufsarmeen wahrgenommen werden. Ende 2005 befanden sich jedoch über 155 000 US-Nationalgardisten und Reservisten der Marines, Army, Navy und Air Force im Irak und in Afghanistan im Einsatz. Eine Grosszahl dient 18 Monate und mehr, teilweise sogar auf beiden Kriegsschauplätzen. Die Nationalgarde übernimmt dabei auch Kampfeinsätze. Eigentlich nicht verwunderlich, wenn man weiss, dass 51% der gepanzerten Bataillone der USA Verbände der Nationalgarde sind. Ebenso haben Grossbritannien, Australien und Neuseeland eine lange und erfolgreiche Erfahrung mit Milizverbänden⁶. Diese Länder sind auch in der Lage, grössere Truppenkontingente für internationale Einsätze bereitzustellen und deren Durchhaltefähigkeit über Jahre zu garantieren. Alle Staaten, die Einsatzarmeen unterhalten, sind heute gezwungen, sich mit diesen Tatsachen auseinanderzusetzen. Gut möglich also, dass sich der Trend im nächsten Jahrzehnt noch verstärkt.

Es sind insbesondere die angelsächsischen Länder, allen voran die USA, die den Bürger-Soldaten (Citizen-Soldier für die Nationalgarde) propagieren und dessen Wert und Notwendigkeit erkannt haben.

Bei uns stellen sich vor allem sicherheitspolitisch nicht visierte Politiker aus Unwissen und Unverständnis gegen unser Milizsystem. Opportunistisch wird bei uns diskutiert, ob eine Berufsarmee billiger käme als eine Milizarmee, ob die Wirtschaft eine Berufsarmee bevorzuge usw. Sind schon – wie oben dargelegt – die Aspekte der Effizienz und der Kosten nicht geklärt und eindeutig beantwortet, werden staatstheoretische und staatspolitische Fragen vollständig ausser Acht gelassen.



US National Guard: Der Bürger-Soldat im Zentrum.

Jan Metzger⁷ schrieb dazu bereits im Jahr 2000: «Was wir nicht in der notwendigen Schärfe diskutieren, sind die folgenden Fragen: Was bedeutet es überhaupt, eine Milizarmee zu haben? Welche fundamentalen Werte liegen unserer Debatte zugrunde? Ist die Miliz eine Frage der Tugend? [...] Wie wollen wir uns in Zukunft als Schweizer Bürger definieren – als citizen oder als bourgeois? Wollen wir eine Bürgergemeinschaft sein oder eine Wirtschaftsgesellschaft?»⁸

Zwischenzeitlich sind auch die Stimmen der Dekadenztheorie, welche seit Jahren vor dem Wertezwischenfall warnen, etwas verstummt. Die Auseinandersetzung verläuft nüchterner. Politisch erscheint ein Mittelweg mit flexiblen Personalkategorien wahrscheinlich; aber eine bewusste Auseinandersetzung und Definierung dieses Mittelweges hat bisher in der Öffentlichkeit kaum stattgefunden. Die Frage lautet, welche Werte sind für eine auf die Optimierung des persönlichen Lebensstils ausgerichtete Gesellschaft wichtig und

langfristig tragbar. Und demgegenüber: Welche Werte sind zwingend notwendig, um unser demokratisches Gemeinschaftswesen zu erhalten und so überhaupt einen individuellen Lebensweg zu ermöglichen? Diese Debatte, die nicht nur für die Sicherheitspolitik, sondern für das ganze Land mit all seinen Facetten relevant wäre, hat bis heute kaum stattgefunden.

Beurteilung der Wehrpflicht

Das Milizsystem schweizerischer Prägung ist eng mit der Wehrpflicht verknüpft. Da die Schweiz eine zahlenmässig kleine Bevölkerung hat, ist das Milizsystem nur im Verbund mit der Wehrpflicht überlebensfähig. In letzter Zeit kursieren leider wieder gehäuft Beiträge mit unrealistischen Vorstellungen über alternative Wehrmodelle.

So versuchte der ehemalige Soziologe der Militärakademie, Karl Haltiner, wiederholt sein *ceterum-censeo* der Freiwilligenmiliz anzupreisen⁹. Er ruft seit Jahren nach einer Milizarmee mit 30 000 freiwilligen Soldaten und einer grossen Berufskomponente als Kern. Seine Überlegungen sind grundsätzlich interessant und ermöglichen, bestehende Strukturen zu überdenken. Bei genauerer Prüfung bleiben aber mehr offene Fragen als Antworten. Haltiner geht davon aus, dass sich pro Jahr 900 Freiwillige für den Militärdienst melden. Die Dienstzeit für die Freiwilligen wäre nach Haltiner flexibel steuerbar. Würde diese gekürzt, stiege jedoch die Zahl der jährlich zu Rekrutierenden entsprechend an. Entliesse die Armee die Soldaten wie heute nach sechs Wiederholungskursen, würden jährlich 5000 Freiwillige benötigt. Fraglich ist, wie diese Rekrutierungszahlen erreicht werden sollen. Militärdienst ist auch mit fiskalischen und monetären Anreizen grundsätzlich unattraktiv. Umfrageergebnisse bezüglich Akzeptanz sind nur bedingt brauchbar. Die in anonymen Erhebungen geäusserte Bereitschaft zum freiwilligen Dienst entspricht kaum dem realen Entscheid. Ein Indiz und Tatbeweis für die fehlende Attraktivität des freiwilligen Militärdienstes in der Schweiz sind die 160 Frauen (davon 127 diensttauglich), die sich 2007 zur freiwilligen Rekrutierung meldeten. Eine markan-

te Erhöhung der Dienstage würde wohl die wenigen Freiwilligen rasch wieder zum Ausstieg bewegen. Es ist festzuhalten, dass Haltiners Konstrukt bereits bei den Grundvoraussetzungen gefährlich schwankt. Gar nicht diskutiert wurde, ob überhaupt die richtigen Leute rekrutiert werden könnten. Funktionen, die beispielsweise elektronisches Fachwissen voraussetzen, sind bereits heute schwierig zu besetzen.

Müssten Freiwillige nach dem Haltiner-Modell mit Lohn, Gratis-Krankenkassenzugehörigkeit, AHV-Bonus und Stipendien zum Militärdienst gelockt werden, wäre die Forderung nach staatlicher Entschädigung für jeglichen freiwilligen Dienst an der Gesellschaft legitim und absehbar. Die freiwilligen Tätigkeiten in der Kranken- und Alterspflege, die Betreuung von Kindern, Behinderten und weiteren Anspruchspersonen, freiwillige Feuerwehr, politische Arbeit auf Gemeinde- und Kantonsebene und viele andere gemeinnützige Freiwilligenarbeiten wären in ähnlichem Masse zu entschädigen. Mit dem Resultat, dass das gesamte gesellschaftliche Modell der Schweiz untergraben und finanziell ruiniert würde. Die von Haltiner propagierten Anreize sind teuer und werden wohl auch in der Masse, als die ursprüngliche Wehrpflicht vergessen geht, als komplett ungerecht empfunden. Bezüglich der Entlohnung von Kader und Spezialisten stünde die Armee in direktem Wettbewerb mit der Wirtschaft. Das ist mit dem aktuellen Wehrbudget schlicht nicht realisierbar. Und wenn dann Haltiner schreibt, dass die «gesellschaftspolitische Verzahnung zwischen ziviler und militärischer Elite» erhalten bleibt, legen sich die Stirnen der Milizoffiziere in Falten. Die Bestandesreduktionen haben bereits heute die Armee aus Wirtschaft und Gesellschaft entwurzelt.

⁶ Zur Entwicklung der Reserven insbesondere im angelsächsischen Raum vgl.: Eber, Adolf F., Die Zukunft der Reserven (masch.), Wien 2006. In Artikelform auch erschienen in: Der Offizier, Zeitschrift der österreichischen Offiziersgesellschaft (1–3 2005).

⁷ Vgl. hierzu auch die Dissertationsschrift: Metzger, Jan, Die Milizarmee im klassischen Republikanismus: Die Odyssee eines militärpolitischen Konzeptes von Florenz über England und Schottland nach Nordamerika (15.–18. Jahrhundert), Bern 1999.

⁸ Ist die Miliz eine Frage der Tugend? Staats- und militärtheoretische Defizite in der heutigen Wehrdebatte, (Sipol Info, April 2000).

⁹ Vgl. bspw.: NZZ, 16. September 2008.

Haltiner erklärt nicht, was mit dieser Freiwilligenmiliz überhaupt erreicht werden soll. Von den heute gültigen Armeeaufträgen könnte wohl keiner ohne massive Abstriche mehr erfüllt werden: Auslandseinsätze würden noch schwieriger durchzuführen; Raumsicherungs- oder gar Verteidigungsoperationen wären unmöglich. Einsätze zur Existenzsicherung wären zu einem guten Teil ebenso in Frage gestellt. Folglich wäre der nächste Schritt die drastische Anpassung und Reduktion der Armeeaufträge, die Aufrüstung anderer Berufsorganisationen sowie der schleichende Übergang zu einer teuren Berufsarmee und der damit notwendige Beitritt zu einem Verteidigungsbündnis.

Solange ein Bündnisbeitritt politisch nicht machbar ist und solange von der Armee ein Leistungsspektrum im heutigen Rahmen verlangt wird, bleibt die Milizarmee mit Wehrpflicht für unseren souveränen Kleinstaat die naheliegende, effiziente und vernünftige Option. Entsprechend sind momentan keine Beiträge gefragt, welche neue Armee-Modelle propagieren, deren Umsetzung ökonomisch unmöglich, staatspolitisch bedenklich und realpolitisch chancenlos sind.

Ein oft vergessen gehender Faktor: Milizarmee und Wehrpflicht üben – als eine der wenigen Bundesinstitutionen – faktisch nicht wegzuleugnende Kohäsions- und Integrationskräfte auf unsere Nation aus. Die Schweiz braucht diese weiterhin – respektive gerade heute.

Thesen des VSWW

Eine Grundsatzdebatte über die Eckwerte Milizsystem und Wehrpflicht ist erst dann angebracht, wenn die EU und die NATO sich langfristig als stabil und sicher erweisen. Und wenn die Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte und grösserer Unruhen in Europa über längere Perioden tatsächlich tief bleibt, würde das zur Folge haben, dass das konventionelle und nukleare militärische Potenzial auch von den grossen Staaten weiter abgebaut wird. Weiter müsste wohl parallel dazu ein Bündnis-Beitritt minimale politische Chancen haben.

Bis diese Voraussetzungen eventuell eintreffen, werden Jahre vergehen. Die Diskussion um Milizarmee und Wehrpflicht wird bis dahin weitergeführt werden. Der VSWW ist dezidiert der Meinung, dass

- an der Wehrpflicht als Basis festzuhalten ist,
- alternative Wehrmodelle aufgrund der aufgeführten Faktenlage zurzeit abzulehnen sind,
- die Eckpfeiler Milizsystem und Wehrpflicht somit in der momentanen Diskussion um die Armee nicht zur Debatte stehen.

Der VSWW hat sich zu diesem Fragenkomplex auf folgende Thesen festgelegt:

1. Die Milizarmee kann und soll weiterentwickelt und modifiziert werden.
2. Das Milizsystem ist infolge Vernetzung mit der Gesellschaft und Nutzung ziviler Kompetenzen flexibler als andere Systeme und deshalb zukunftsträchtig.
3. Nur die Milizarmee bleibt eine gesellschaftlich integrierte Armee.
4. Die Milizarmee ist das Korrelat zum modernen schlanken Staat – Berufsarmeen sind teure Beamtenarmeen.
5. Eine Milizarmee ist dank Querschnitt durch Bevölkerung und Alterskategorien eine «intelligenter» Armee als eine Berufsarmee.
6. Der Kleinstaat braucht zur Bewältigung sicherheitspolitischer Aufgaben eine grössere personelle Aufwuchsfähigkeit als Grossstaaten.
7. Sicherheitspolitik bleibt auch in Zukunft eine Gemeinschaftsaufgabe – das Milizsystem garantiert die Partizipation des Bürgers.



Der Milizsoldat: Intelligent, lernfähig, einsatzbereit.

Von der Sicherheitspolitik zur fähigkeitsorientierten Streitkräfteplanung (FOSP)¹⁰

Bedrohungsanalyse

Die Grundsatzproblematik, mit der sich unsere Sicherheitspolitik auseinandersetzen hat, konstituiert sich aus einer diffusen Bedrohungswahrnehmung und der Missachtung von Potenzialen und Systemzusammenhängen: Es ist heute schwieriger als vor dreissig Jahren, Bedrohungen von strategischem Ausmass zu definieren. Unsere Sicherheitspolitik hat sich mit einer Vielfalt von Bedrohungsformen auseinandersetzen. Deren gefährlichste ist und bleibt der eigentliche Krieg. Er wird ergänzt durch weitere Bedrohungen.

Klassische Kriege werden weiter existieren, sie drohen heute als Kernstaatenkonflikte eher über die Kulturkreise als zwischen den Nationalstaaten des Westens. Im Lichte aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen und machtpolitischer Projektionen kann eine generelle Renationalisierung von Weltpolitik und Weltwirtschaft nicht ausgeschlossen werden. Der Westen kann so oder so über kurz oder lang Teil dieser Konflikte und Kriege werden. Auch die neutrale Schweiz kann sich dem kaum und immer weniger entziehen. Die eigentlichen Kriege werden also heute ergänzt durch eine Vielzahl von anderen Konfliktformen. Ihre Rückkehr auch in Europa ist nicht auszuschliessen.

Neue Wege in der politischen Planung beschreiten

Die Bedrohung für die Schweiz ist wenig konkret, kann sich aber rasch wandeln. Vordergründig wird der Sinn der konventionellen militärischen Landesverteidigung in Frage gestellt. Die Bereitschaft, längerfristig in die Armee und in einzelne Waffensysteme zu investieren, sinkt eher. Tatsächlich sind im unmittelbaren und weiteren Umkreis nach wie vor beträchtliche Militärpotenziale vorhanden und wachsende Rüstungsausgaben feststellbar. Diese Fakten werden ebenso missachtet wie die oben erwähnten wehrmodellabhängigen Systemzu-

sammenhänge (wie beispielsweise die Tatsache, dass Milizarmee und Wehrpflicht auch bei wenigen Diensttagen zwangsläufig zu einer grossen Armee führen). Die Folgen sind besorgniserregend: Es herrscht politischer Dissens über die von der Armee zu erbringenden Leistungen. In der Politik ist daher kaum Bereitschaft auszumachen, in konventionelle Kampfmittel zu investieren. Der Rückfall bezüglich Technologiegrad nötigt zudem der Armee ein Glaubwürdigkeitsproblem auf.

Daraus sind folgende Konsequenzen abzuleiten und als Handlungsrichtlinie umzusetzen:

- Über Armee und Sicherheitspolitik muss mehr und nicht weniger geredet werden.
- Je ungewisser die Lage, umso mehr Flexibilität muss mit den Armeeaufgaben verbunden werden.
- Exekutive und Legislative müssen sich gemeinsam auf Leitsätze, Fähigkeiten und Strategie einigen.
- Aufgaben, verlangte Leistungen und dafür benötigte Finanzen sind integriert zu behandeln.

Im Sinne der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung¹¹ führt dies zur Fähigkeitsorientierten Streitkräfteplanung (FOSP) – ein Konzept, das der VSWW bereits ausführlich vorgestellt hat und das in der Politik sowie in diversen Medien Niederschlag fand.¹² Hier noch einmal die Konsequenz in Kurzform:

- Die Armee wird weiterhin das Schwergewichtsmittel unserer Sicherheitspolitik sein. Sie benötigt in ihrer heutigen Form jährlich mindestens 5 Milliarden Franken und involviert über die Wehrpflicht das Gros der Staatsbürger.

¹⁰ Die Konzeptnamen Fähigkeitsorientierte Streitkräfteplanung (FOSP, vormals auch FOSKP) und Fähigkeitsorientierte Armeepflicht werden aufgrund der Auflösung der Teilstreitkräfte synonym verwendet.

¹¹ Ein Führungsmodell in der öffentlichen Verwaltung. Es beinhaltet im Wesentlichen: Grösseren Entscheidungsfreiraum für Verwaltungsmanager durch Globalbudgets, Konkretisierung der politischen Steuerungsvorgaben im Leistungs- und Wirkungsbereich durch Leistungsaufträge, die Verknüpfung von Finanzen und Leistungen sowie die Einführung von wettbewerbsnahen Anreizmechanismen.

¹² So in der NZZ (12. März 2009).

Tabelle: Bedrohungsformen und ihre Bewältigung

Gewaltdrohungen und -anwendung, Gefahren und Risiken strategischen Ausmasses	Reaktionen der Schweiz	
	Autonom (kooperativ im Inland)	Kooperativ mit dem Ausland
1 Militärisches Restrisiko Zurzeit keine machtpolitische militärische Gewaltdrohung. Keine Gewähr für die fernere Zukunft. Streitkräfte werden auch in Europa aufrechterhalten und ständig modernisiert.	<ul style="list-style-type: none"> • Auf Kernkompetenzen ausgerichtete Armee für Raumschutz und Verteidigung • Aufwuchsfähigkeit bei Gefahr • Selbstbehauptung gegen schwächeren Gegner 	<ul style="list-style-type: none"> • Zivile und militärische Beiträge zur Friedenssicherung und Krisenbewältigung • Bei massivem Angriff Verteidigung, mutmasslich im Rahmen einer Koalition
2 Proliferation von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen Verfügbarkeit durch unsichere Staaten und evtl. nichtstaatliche Gruppierungen.	<ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungsschutz • Schutzraumsystem • Subsidiäre militärische Hilfe 	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit mit Dritten für Prävention, allenfalls für Raketenabwehr
3 Organisiertes Verbrechen, Erpressung Terrorismus, Angriff auf Informatik-Infrastruktur, Innere Unruhen aus versch. Gründen	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkung der inneren und der Info-Sicherheit • Zusammenwirken ziviler und militärischer Mittel 	<ul style="list-style-type: none"> • Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit (Interpol, Europol, Schengen)
4 Regionale Krisen und Destabilisierung <ul style="list-style-type: none"> • Flüchtlingswellen • Migrationen • Begleitkriminalität 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme von Flüchtlingen • Restriktive Asylpolitik • Wiederaufbauhilfe vor Ort • Verstärkte Grenzkontrolle 	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung geeigneter Truppen für Friedensunterstützung • Zivile und militärische Beiträge zu Friedensoperationen von UNO, OSZE und allenfalls EU/WEU
5 Existenzielle Gefahren <ul style="list-style-type: none"> • Naturgewalt • Zivilisatorische Grosskatastrophen • Ökologische Katastrophen 	<ul style="list-style-type: none"> • Zivile Wehr- und Schutzdienste • Bereitschaftsverbände, WK-Truppen • Katastrophenhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> • Grenzüberschreitende Katastrophenübungen • Grenzüberschreitende Hilfe aller Art • Einsatz Schweiz. Korps für humanitäre Hilfe (SKH)

- Um die nachgelagerte Transformation der Streitkräfte zielgerichteter und politisch breiter abgestützt als heute fortzuführen, muss die heutige akzidentielle Steuerung der Armee durch das Parlament in Form von Rüstungsbeschlüssen, Betriebsmitteln und Gesetzesrevisionen neu aufgesetzt werden.
- Auf Basis von im Sicherheitspolitischen Bericht definierten und vom Parlament verabschiedeten Leitsätzen braucht es auf Stufe Streitkräfteplanung *zusätzliche Mehrjahrespläne* zu den Entwicklungen von Fähigkeiten, zur Organisation, zur Doktrin und zu den dazu notwendigen Investitionen.
- Eine solche Fähigkeitsorientierte Streitkräfteplanung (FOSP) würde auf vier Jahre angelegt und jährlich

dem Parlament vorgelegt. Der vierjährige Planungshorizont verschafft einen Überblick über den Einsatz der finanziellen Mittel und stellt diese in einem Gesamtzusammenhang dar, was mit der bisherigen Planungskaskade nicht möglich war.

- Ausgerichtet wäre diese Planung konsequent auf die von der Armee politisch einverlangten Fähigkeiten – organisatorisch, ausrüstungsmässig, betriebsmässig.
- In der vom Parlament jährlich behandelten rollenden Planung FOSP erfolgte eine klassische Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen.
- Innerhalb der gesamten Fähigkeitsorientierten Streitkräfteplanung gilt zudem der Grundsatz «Qualität vor Quantität im Bereich des Technologiegrades».



Stellenwert Sicherheitspolitischer Bericht

Die gültige Version des Sicherheitspolitischen Berichts stammt aus den 90er Jahren. Ein neuer Bericht ist geplant für Ende 2009/Anfang 2010. Im Zuge der Erstellung des Berichtes wurden verschiedenste Stakeholder zu Anhörungen eingeladen.¹³

Erwartungsgemäss widerspiegeln die Stellungnahmen und die durch eine elektronische Plattform ermöglichten Diskussionen eine grosse Spannweite der Vorstellungen zur Ausgestaltung unserer Sicherheitspolitik und Armee. Um daraus einen Konsens zu formen, braucht es nun Führungsarbeit des Bundesrates und anschliessend einen Einigungsprozess mit dem Parlament. Einen ersten und wichtigen Schritt zu diesem Einigungsprozess machte Nationalrat Peter Malama, indem er im Herbst des letzten Jahres eine Motion einreichte, die den Bundesrat ersuchte, die gesetzlichen Grundlagen anzupassen. Künftig soll der Bundesrat dem Parlament die sicherheitspolitische Strategie in Form eines Berichtes nicht nur zur Kenntnisnahme unterbreiten, sondern neben einer unabhängigen Lagebeurteilung des Bundesrates auch einen genehmigungspflichtigen Teil mit strategischen Leitsätzen enthalten. Diese aus der Lagebeurteilung und der Strategie des Bundesrates abgeleiteten sicherheitspolitischen Leitsätze formulieren Kernaussagen zur Strategie der Schweizer Sicherheitspolitik. Diese Leitsätze wären dem Parlament zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Das Parlament kann sie per Mehrheitsbeschluss auch abändern.¹⁴

Die Motion wird von Parlamentariern aus dem ganzen politischen Spektrum unterstützt. Trotzdem beantragte der damalige Bundesrat Samuel Schmid eine Ablehnung der Motion. Zwischenzeitlich haben sich die Realitäten im Verteidigungsdepartement verändert. Es bleibt zu hoffen, dass unter Bundesrat Ueli Maurer die Einsicht für die Notwendigkeit eines frühen Einigungsprozesses zwischen Exekutiven und Legislativen auf die sicherheitspolitische Marschrichtung vorhanden ist.

Strategische Leitsätze aus Sicht VSWW

Die durch das Parlament für die künftige Armee relevanten zu genehmigenden Leitsätze sollten inhaltlich folgende Themen abdecken:

Basis:

- Definition der strategischen Ziele und Interessen der Schweiz, bezogen auf ihre Sicherheitspolitik; Beschreibung der inhaltlichen und geografischen Interessen- und Handlungsräume
- Rolle der bewaffneten Neutralität, Haltung der Schweiz bezüglich internationaler Solidarität
- Ausmass der gewünschten Abhaltewirkung; qualitative Aussagen zur Interventions- und Verteidigungsfähigkeit
- Internationale Beschaffungs- und Rüstungskoooperationen unumgänglich, Fokussierung national auf dazugehörige Dienstleistungen, wenn nicht globaler Keyplayer; Kompensationen ermöglichen in alle Politikbereiche (bspw. Nordanflug ZRH)

Armee:

- Definition des Kerngeschäftes («Kaliber >10 mm und Sprengstoffeinsatz»), breitbandige strategische Reserve des Landes
- «Combined Joint Interagency Intergovernmental Task Force»: Leistungsansatz, Fortführung subsidiärer Einsätze, mehr Militärdiplomatie, Ausbau und Normalisierung der internationalen Zusammenarbeit
- Moderne Führungsfähigkeit, moderner Technologieeinsatz
- Konsequente Ausrichtung auf WK-Miliz, Durchdiener- und Berufseinsatzverbände, d.h. Wehrpflicht, Milizgrundsatz, alle Personalkategorien

Finanzen:

- 5 Mia. Franken pro Jahr

¹³ <http://www.sipol09.ethz.ch> (17. Juni 2009).

¹⁴ Malama, Peter, Neuer sicherheitspolitischer Bericht: Einbindung des Parlaments, Motion Nr. 08.3731.

Definition der Fähigkeiten der Streitkräfte

Grundüberlegungen zu den Fähigkeiten

Die konkrete Planung und Umsetzung (Mittel, Instrumente, Ressourcen und Massnahmen) erfolgen im Rahmen einer rollenden, jeweils auf vier Jahre angelegten und jährlich überarbeiteten fähigkeitsorientierten Aufgaben- und Finanzplanung (resp. Streitkräfteplanung) für den Bereich Sicherheit.

Da es keinen Sinn macht, die ganze FOSP einer materiellen Diskussion mit Abänderungskompetenz des Parlamentes zu unterlegen, ist auch bei diesem Dokument zwischen einem informativen und einem genehmigungspflichtigen Teil zu unterscheiden.¹⁵ Der erste Teil begründet und erklärt aus Sicht des Bundesrats den zweiten, genehmigungspflichtigen Teil. Dieser wird in Form von Wirkungs- und Leistungszielen formuliert. Das Parlament kann die Wirkungs- und Leistungsziele abändern und beschliesst sie verbindlich.

Der informative Teil umfasst:

- Als Vorgabe: Die beschlossenen und für die Armee relevanten strategischen Leitsätze aus dem Sicherheitspolitischen Bericht
- Aktualisierung der Beurteilung der Rahmenbedingungen (sicherheitspolitische Lagebeurteilung, Entwicklung der Ressourcen, Wehrpflicht, Benchmarks etc.)



Grundvoraussetzungen: Hervorragende Ausrüstung und Ausbildung

- Beurteilung der bestehenden Fähigkeiten und Ortung von Fähigkeitslücken

Der genehmigungspflichtige Teil umfasst wiederum in Form von Leitsätzen:

- Aussagen zur doktrinen und organisatorischen Weiterentwicklung der Armee
- Aussagen zum Risikoprofil, zu den Wirkungs- und Leistungszielen (= Fähigkeiten) der Armee
- Konkret beantragte Massnahmen zur Schliessung von Fähigkeitslücken
- Aussagen zu den kurz-, mittel- und langfristigen Rüstungs- resp. Investitionsplanungen, zu den Beschaffungsvorhaben, zu Veränderungen im Immobilienportfolio und weiter Aussagen zur absehbaren Entwicklung der Betriebsaufwendungen.

Die Definition der Fähigkeiten orientiert sich an der Überlegung «Was muss unsere Armee können?». Wichtig dabei ist, dass die Fähigkeiten präzise und konzise formuliert werden, um möglichst wenig Interpretationsspielraum offen zu lassen. Um den erforderlichen Grad an Körnigkeit zu erreichen, anbietet sich Formulierung und Überprüfung analog den Faktoren der operativen Führung, nämlich Kraft, Raum, Zeit und Ressourcen.

Fähigkeiten sind demnach

- inhaltlich (wissen, können und wollen),
- qualitativ (Niveau, Bereitschaftsstufe) sowie
- quantitativ (Grösse des Verbandes und Einsatzdauer) zu definieren.

Die folgenden Fähigkeiten sollen die inhaltlichen und qualitativen Anforderungen beschreiben, welche im Rahmen der Grundbereitschaft zu erreichen sind. In quantitativer Hinsicht setzen sie allenfalls Dienstzeitverlängerungen voraus, welche eine politische Beschlussfassung erfordern.

¹⁵Zur ausführlicheren Unterscheidung vgl.: Fähigkeitsorientierte Streitkräfteplanung: Plädoyer für neue Wege in der politischen Streitkräfteplanung (Sipol Info, August 2008), S. 13.

Fähigkeiten nach Kategorien aus Sicht VSWW

In der Folge werden aus der Sicht des VSWW die minimal notwendigen Wirkungs- und Leistungsziele – respektive Fähigkeiten – der Armee formuliert. Sie entsprechen der Absicht zu definieren, was die Armee können (im Sinne von beherrschen) muss. Unter den Fähigkeiten finden sich auch solche, die in der Schweiz kaum in Erwägung gezogen werden, geschweige denn von der Armee heute in materieller Hinsicht überhaupt umsetzbar sind. Das hier vorgeschlagene Bündel an Fähigkeiten soll eine möglichst integrale Sicherheit für mögliche Konflikttypen bieten – entsprechend gilt es, auch neue Fähigkeiten zu entwickeln.

Eine Einschränkung auf Fähigkeiten, welche mit den aktuellen Ausbildungsdienstzeiten bis zur Einsatzbereitschaft gebracht werden können, würde den inneren Zerfall der Armee bedeuten. Anpassungen der Ausbildungszeiten sind deshalb zu prüfen.

Gesamthaft handelt es sich dabei nicht um eine neue Armeereform, sondern um eine laufende Transformation unter Berücksichtigung und Beibehaltung des Bewährten.

Leitsätze zur Entwicklung, Planung, Führung und Kooperation

Die Armee kann ...

- von der strategischen bis zur taktischen Stufe Einsätze und Trainingssequenzen planen und durchführen nach dem Konzept der massgeschneiderten, teilstreitkräfte-, departements- und regierungsstufenübergreifenden Einsatzverbände.
- innerhalb von vier Wochen eine grosse Operation, welche wesentliche Teile oder die ganze Armee umfasst, auf operativer Stufe planen, während Monaten im Einsatz führen und zu Teilen sequenziell trainingsweise einsetzen und gleichzeitig mehrere kleine Operationen längerer Dauer permanent führen.
- sich nach dem fähigkeitsorientierten Ansatz in integraler Form DUOAMPIFK (Doktrin, Unternehmensentwicklung, Organisation, Ausbildung, Material,

Personal, Informatik, Finanzen, Kommunikation) weiterentwickeln und die Zusammenhänge glaubhaft den Bundesbehörden, den nationalen und internationalen Partnern sowie der Öffentlichkeit vermitteln.

- mit den Nachrichtendiensten reale und fiktive strategische und operative Lageentwicklungen und Lagebilder erstellen als Grundlage für Einsätze, Übungen und Weiterentwicklung der Armee.
- VBS und EDA nachhaltig in militärdiplomatischen Anliegen wie Abrüstungskontrolle, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, demokratische Kontrolle von Streitkräften, Sicherheitsassistenz, Ausbildung von Sicherheitsstrukturen und mit der Gewährleistung der Interoperabilität unterstützen.

Leitsätze zum Kampf der verbundenen Waffen, zur Zusammenarbeit der kombinierten Einsatzkräfte

Die Armee kann ...

- den Kampf der verbundenen Waffen und die Zusammenarbeit kombinierter Einsatzkräfte als Grundkompetenz sicherstellen.
- innerhalb von vier Wochen mit 2 Pz Br Einsatzverbänden und 2 (Geb) Inf Br Einsatzverbänden (unterstützt durch Luftwaffe, Führungsunterstützungsbasis und Logistikbasis) gleichzeitig an der Landesgrenze mit oder ohne Kooperation ausländischer Partner eine Gegenkonzentration errichten und sich bereithalten, im operativen Vorgelände einen Gegenangriff durchzuführen sowie schützend und stabilisierend zu wirken.



Die Armee muss definierte Grundfähigkeiten beherrschen.



Ein Bataillon in corpore für Auslandeinsätze als absolutes Minimum.

- innerhalb von zwei Wochen mit 2 (Geb) Inf Br Einsatzverbänden (unterstützt durch Luftwaffe, Führungsunterstützungsbasis, Logistikkbasis, Militärische Sicherheit) gleichzeitig während Monaten im Mittelland einen Raum von je 10 000 km² stabilisieren und punktuell intervenieren.
- innerhalb von zwei Wochen mit 2 (Geb) Inf Br Einsatzverbänden (unterstützt durch Luftwaffe, Führungsunterstützungsbasis, Logistikkbasis und Militärische Sicherheit) während Monaten Infrastruktur und Achsen von nationalem Interessen im Alpenraum schützen, die Landesgrenze im ganzen Alpenraum überwachen und punktuell intervenieren.
- innerhalb einer Woche mit je 1 (Geb) Inf Br Einsatzverband (unterstützt durch Luftwaffe, Führungsunterstützungsbasis, Logistikkbasis, Militärische Sicherheit) während Monaten die international exponierte Stadt Genf (inkl. Flughafen), das politische Führungszentrum Bern (inkl. Flughafen), die Wirtschaftsmetropole Zürich (inkl. Flughafen) bewachen.

Leitsätze zum Bereich der Sonderoperationen

Die Armee kann ...

- Sonderoperationen planen und während Monaten führen.

- innerhalb von zwei Wochen mit 1 SOF Rgt die Einsatzverbände während Monaten unterstützen.
- mit 1 SOK Det (verschiedene Personalkategorien) verdeckte Operationen im In- und Ausland durchführen.

Leitsätze zu Flugabwehr, Luftkampf und Lufttransport

Die Armee kann ...

- mit 1 Patrouille und bodengestützten Mitteln den Luftraum permanent überwachen.
- die Luftverteidigung, -aufklärung und Bodenunterstützung als Grundkompetenz sicherstellen.
- innerhalb von zwei Wochen mit der bodengestützten Luftverteidigung einen Fliegerabwehr-Cluster bilden, den Luftraum bis 4 km Höhe über Objekten und Räumen während Monaten schützen sowie das Heer beim Einsatz unterstützen.
- im Verbund mit befreundeten Staaten ballistische Raketen abwehren.
- für 1 Bat den taktischen und strategischen Lufttransport sicherstellen.
- mit einem Lufttransport-Detachement Sonderoperationen unterstützen und Einsatzführung aus der Luft sicherstellen.

Leitsätze zur Katastrophenhilfe und zu den Auslandeinsätzen

Die Armee kann ...

- mit einem Bat permanent die militärische Katastrophenhilfe zugunsten der Kantone sicherstellen.
- mit einem Bat in corpore im internationalen Rahmen innerhalb des von Bundesrat und Parlament definierten Interessenraums Interventions-, Stabilisierungs- und Sicherheitsassistenzoperationen sowie Ausbildung von Sicherheitsstrukturen wahrnehmen.
- gleichzeitig mehrere Friedensoperationen mit Stabsoffizieren und Spezialisten unterstützen.
- mit tendenziell wertvollen und knappen Mitteln (Luftwaffe, Führungsunterstützung, Sonderoperationsfähigkeiten, Logistik, Sanität) einen Beitrag an die internationalen Friedens- und Katastrophenhilfeoperationen leisten.

Leitsätze zur Führungsunterstützung und zur elektronischen Kriegsführung

Die Armee kann ...

- die notwendigen Aufklärungs-, Führungs- und Kommunikationssysteme effektiv und effizient betreiben.
- ihren eigenen Schutz im Informations- und elektromagnetischen Raum permanent defensiv und offensiv sicherstellen.
- die Führungsfähigkeit von Einsatzkräften gewährleisten.
- EKF-Operationen planen und während Monaten führen.
- Informationsoperationen planen und während Monaten führen.
- nach Katastrophen rasch Ersatzfähigkeiten im Bereich der Führungsunterstützung bereitstellen.

Leitsätze zur Logistik

Die Armee ...

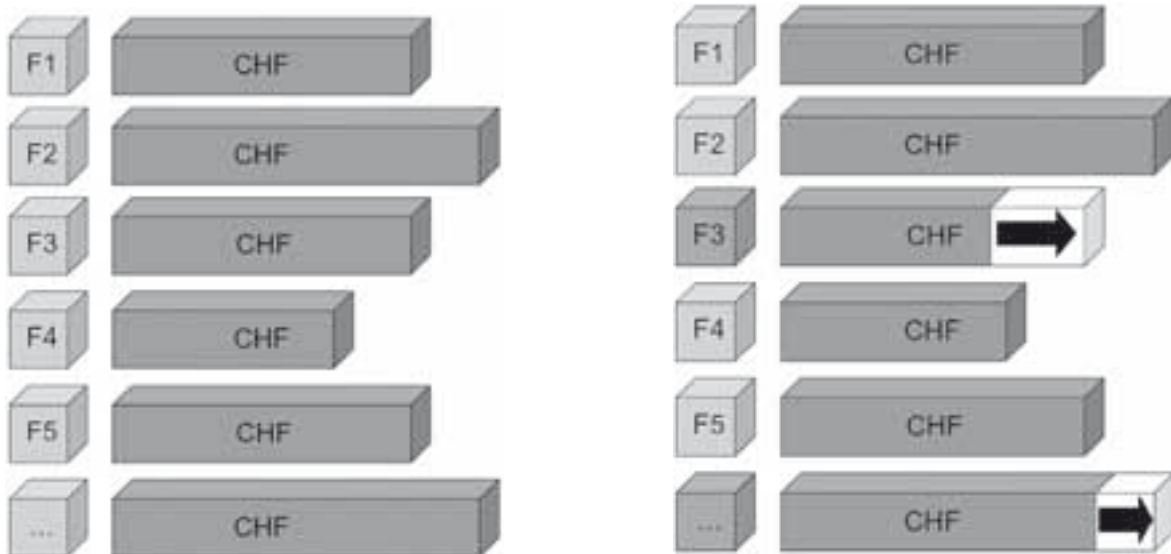
- kann sämtliche Trainings- und Einsatzverbände zeitgerecht und ausreichend in allen Logistikbelangen unterstützen.

- hat Transparenz über die Bereitschaft und Verfügbarkeit von Schlüsselsystemen.
- schafft die Voraussetzungen, um Logistikbedürfnisse mit zeitweise höherem Spitzenbedarf flexibel und kostenneutral abzudecken.

Verknüpfung mit den Finanzen

Im Ressourcen- und Finanzteil besteht die Möglichkeit, die Entwicklung im Verlaufe der Legislatur im Kontext zu den anderen Aufgabenbereichen des Bundes auszuweisen sowie die mittelfristige Budgetentwicklung und deren möglichen Konsequenzen auf die Leistungserbringung durch die Armee aufzuzeigen.

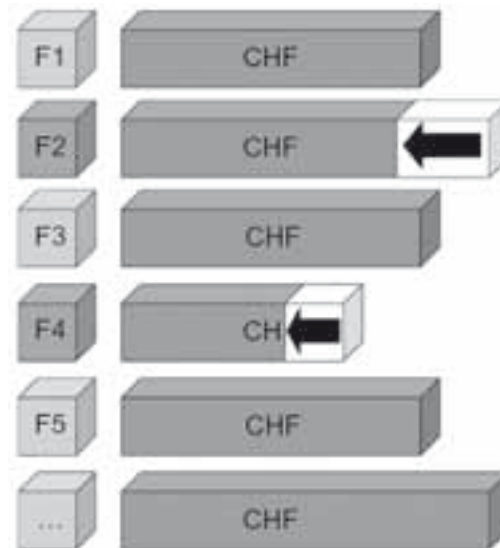
Konkret werden die vorhandenen und nicht vorhandenen Ausbildungs-, Ausrüstungs-, Entwicklungs- und Erhaltungskosten für jede Fähigkeit eruiert und ausgewiesen. Die zur Schliessung der Lücken notwendigen Schritte sind darzulegen und zu begründen. Die beantragten Rahmenkredite für Beschaffungen sind in die fähigkeitsorientierte übergeordnete Planung eingebettet und so einleuchtend



Finanzbedarf pro Fähigkeit ist auszuweisen, Lücken sind durch zusätzliche Mittel zu schliessen. F1-Fn = Fähigkeiten, CHF = ausgewiesener Finanzbedarf. Hier lediglich exemplarisch und nicht korrespondierend mit den formulierten Fähigkeiten dargestellt.

begründet. Ausgewiesene Fähigkeitslücken und der dafür notwendige Finanzbedarf respektive die notwendigen Rahmenkredite werden beschlossen, wenn die Bundesversammlung die FOSP genehmigt. Die Zahlungskredite werden weiterhin im Rahmen der Budgets jährlich genehmigt.

Gleichzeitig verdeutlicht die Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen die Auswirkungen, wenn pro Fähigkeit die Ressourcen gekürzt werden. Bislang konnte das Parlament, ohne sich um die konkreten Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit der Armee zu kümmern, an den Rüstungsprogrammen nach Belieben herumschrauben. Mit der FOSP wird verdeutlicht, dass eine finanzielle Einsparung unterhalb des ausgewiesenen Bedarfs zum raschen Verlust der Fähigkeit führt.



Die FOSP zeigt auf, dass finanzielle Kürzungen zum Verlust von Fähigkeiten führen.

Schlusswort

An Bewährtem festhalten, neue Schritte wagen. So heisst ein altes Bonmot. In unserer Sache bedeutet dies, dass Milizprinzip und Wehrpflicht nach schweizerischem Zuschnitt sich als effizient, ökonomisch und zielführend erwiesen haben. Tagesaktuelle Kritik und exotische Vorschläge für alternative Wehrmodelle sind zu relativieren. Gleichsam ist es jedoch evident, dass die Armee und damit unsere Sicherheit unter den festgefahrenen politischen Prozessen leiden. Die Adaptierung neuer Wege in der politischen Armeeplanung ist daher von grosser Wichtigkeit.

Die Basis für alle Planungen im Bereich Sicherheit muss ein nachgeführter oder aktualisierter neuer Sicherheitspolitischer Bericht sein. Dieser soll von der Bundesversammlung nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern in klar definierten Bereichen materiell behandelt, allenfalls abgeändert und genehmigt oder beschlossen werden. Mit dem hier vorgeschlagenen neuen parlamentstauglichen Instrument einer rollen-

orientierten Armeeplanung wird daran anschliessend die konkretisierte Planung auf Stufe der Streitkräfteentwicklung der Bundesversammlung jährlich vorgelegt und auf vier Jahre dargestellt.

Erkannte Fähigkeitslücken können überzeugend und im Gesamtzusammenhang begründet und durch Beschaffungsanträge laufend geschlossen werden. Die jährlichen rein materialorientierten Rüstungsbotschaften können entfallen; die massiv verbesserte Abstimmung und Verknüpfung von Aufgaben, Fähigkeiten und Ressourcen verhindern die aufgrund nicht bewilligter Finanzen häufig nicht umgesetzten und zu Papiertigern verkommenen Konzepte. Damit kann die Streitkräftetransformation vom Parlament laufend begleitet, mitbestimmt und politisch sanktioniert werden. Mit diesem kooperativen Vorgehen könnten viele der sich in den letzten Jahren manifestierenden Akzeptanzprobleme zwischen Armeeplanung, Exekutive und Legislative besser gelöst werden.



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz als Staatswesen, als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

Unsere Leistungen und Publikationen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. www.vsww.ch), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

Unsere Finanzierung

Wir finanzieren uns durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft,
Postfach 65, 8024 Zürich

Internet: www.vsww.ch

Telefon: 044 266 67 67 oder Fax: 044 266 67 00

Postkonto 80-500-4, Credit Suisse Zürich,
IBAN: CH 36 0483 5046 8809 0100 0

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!